



DER SONDERINVESTITIONSVERTRAG ZWISCHEN DEN ERWARTUNGSHALTUNGEN DES RUSSISCHEN STAATES UND PRODUZIERENDER UNTERNEHMEN

MIT WELCHEN NEUEN PRÄFERENZEN VERSUCHT DER RUSSISCHE STAAT LOKALISIERUNGEN UNTER ABSCHLUSS VON SONDERINVESTITIONSVERTRÄGEN FÜR INVESTOREN INTERESSANT ZU GESTALTEN UND WELCHE ANFORDERUNGEN STELLEN UNTERNEHMER? / FALK TISCHENDORF, BILGEIS MAMEDOVA, BEITEN BURKHARDT MOSKAU

Nach den jüngsten Angaben der GTAI zählt Russland nach wie vor zu den interessantesten Ländern für ausländische Direktinvestitionen (FDI). Eine besondere Rolle kommt dabei der staatlichen Politik der Importsubstitution zu. Der russische Staat muss wettbewerbsfähige Produktionskapazitäten schaffen und hat deshalb neue Institute entwickelt, um Anreize für Produktionslokalisierungen in Russland zu geben. Seit etwas mehr als einem Jahr ist nun das Föderale Gesetz „Über die Industriepolitik in der Russischen Föderation“ in Kraft. Neben allgemeinen Maßnahmen zur Förderung der Tätigkeit im Industriebereich sieht es insbesondere eine wichtige Sondermaßnahme vor: den Sonderinvestitionsvertrag (SIV). Ein Investor verpflichtet sich, zu festgelegten Bedingungen eine lokale Produktion aufzubauen, und erhält hierfür Vergünstigungen und Präferenzen. Der SIV ist das wesentliche Instrument der neuen Industriepolitik und deshalb werden vom russischen Staat die größten Erwartungen in ihn gelegt. Wird der SIV diesen Erwartungen gerecht?

NEUE STAATLICHE PRÄFERENZEN BEIM ABSCHLUSS VON SIV

SIV-Investor als Alleinlieferant

Am 1. September 2016 treten Änderungen im russischen Vergaberecht in Kraft, mit de-

nen eine weitere Grundlage für die Gewährung von Präferenzen beim Abschluss eines SIV geschaffen werden soll (Föderales Gesetz Nr. 365 „Über die Änderung des Föderalen Gesetzes „Über das Vertragssystem im Bereich der Beschaffung von Waren, Arbeiten und Leistungen zur Sicherung des staatlichen und kommunalen Bedarfs“ vom 3. Juli 2016 und einzelner Gesetzgebungsakte der Russischen Föderation“). Hiernach behält sich die russische Regierung das Recht vor, SIV-Investoren als Alleinlieferanten im Rahmen der staatlichen Auftragsvergabe zu bestimmen. Voraussetzung ist, dass der SIV auf föderaler Ebene abgeschlossen wird, das Investitionsvolumen mehr als drei Milliarden Rubel beträgt und die hergestellte Ware den Status eines lokalen Produkts hat. In diesem Fall soll der Hersteller berechtigt sein, pro Kalenderjahr bis zu 30 Prozent der produzierten Ware an den Staat zu verkaufen. Dabei folgt aus dem Gesetz aber lediglich das Recht des Herstellers, Verträge mit dem Staat abzuschließen, jedoch keine Mengenabnahmeverpflichtung des Staates.

SIV als Grundlage für Steuervergünstigung

Ab dem 1. Januar 2017 werden weitere Steuervergünstigungen für SIV-Investoren gelten: Für Projekte, die im Rahmen von SIV umgesetzt

werden, wird der föderale Anteil von der russischen Gewinnsteuer von zwei auf null Prozent herabgesetzt. Gleichzeitig kann der regionale Anteil (18 Prozent) auf null Prozent reduziert und damit eine für die Laufzeit des konkreten SIV dauernde Reduzierung der Gewinnsteuer auf null Prozent erreicht werden.

SIV auch bei einer Produktionserweiterung

Gegenwärtig wird ein Gesetzesentwurf diskutiert, durch den die Regeln für den Abschluss von SIV (durch die Regierungsverordnung der RF Nr. 708 „Über Sonderinvestitionsverträge für einzelne Industriezweige“ vom 16. Juli 2015 bestätigt) ergänzt werden sollen. Hiernach soll es Investoren insbesondere ermöglicht werden, einen SIV nicht nur bei der Errichtung einer neuen, sondern auch bei der Erweiterung einer bereits bestehenden Produktion (Umsetzung einer weiteren Etappe) abzuschließen. Voraussetzung ist, dass das Investitionsvolumen für diese neue Etappe mindestens 80 Prozent des Investitionsvolumens für das gesamte Projekt beträgt. Ferner wird durch die Ergänzungen eine Reihe von Fragen beantwortet, die sich in der Praxis beim Abschluss von SIV gestellt haben und dadurch eine weitere Transparenz beim Abschluss von SIV erreicht werden.

ERWARTUNGEN VON INVESTOREN BEI ABSCHLUSS EINES SIV

Status „made in Russia“

Zweifelsohne spielen die mit einem SIV verbundenen Präferenzen bei der Entscheidung über eine Lokalisierung eine wichtige Rolle; sie allein sind aber nicht ausschlaggebend. Die mit einem Produktionsaufbau verbundene langfristige Kapitalbindung erfordert neben zahlreichen anderen Faktoren vor allem eine langfristige Planbarkeit und Rentabilität. Mit Blick auf die aktuelle Importsubstitutionspolitik bedeutet dies, dass Unternehmen im Fall einer Lokalisierung auch für ihre in Russland hergestellte Waren den Status eines lokalen Produkts gewährt bekommen möchten. Nach dem Gesetz folgt dies aber nicht automatisch aus dem Abschluss eines SIV. Vielmehr müssen darüber hinaus produktabhängig ergänzende Voraussetzungen erfüllt werden, deren Einhaltung allerdings nicht wenigen Unternehmen in der Praxis Schwierigkeiten bereitet.

Dies hat nun auch der Staat erkannt. Der russische Minister für Industrie und Handel, Denis Manturow teilte in seinem letzten Bericht über die Ziele und Aufgaben seines Mini-

steriums für 2016 mit, dass „eines der wesentlichen Zugeständnisse für die Teilnehmer von SIV [...] die Möglichkeit [ist], dass ein im Rahmen eines SIV hergestelltes Produkt gemäß der Regierungsverordnung der RF Nr. 719 vom 17. Juli 2015 als russisches Produkt anerkannt wird“. Hiernach könne mithin eine entsprechende Regelung in einem SIV aufgenommen werden. Sollte aber tatsächlich bereits mit Abschluss eines SIV die Möglichkeit eingeräumt werden, die hergestellten Produkte bereits in den ersten Etappen einer Lokalisierung als lokale Produkte einzustufen, wären entsprechende gesetzliche Regelungen zu treffen, die das Verfahren der Anerkennung des lokalen Status im Hinblick auf die entsprechenden Industriezweige und Warenarten für diesen Fall festlegen.

Derzeit werden die Voraussetzungen für die Einstufung von Industrieerzeugnissen als in Russland produzierte Erzeugnisse durch die Regierungsverordnung der RF Nr. 719 bestimmt. Diese Verordnung verweist im Hinblick auf die Bedingungen für die Einstufung einer Ware als „russische Ware“ insbesondere auf den jeweiligen SIV. Sie bestimmt allerdings nicht ausdrücklich, ob und

in welcher Form die Bedingungen und Anforderungen der Lokalisierung nach einem SIV von den beispielsweise in der Anlage zu dieser Verordnung formulierten Kriterien abweichen dürfen. Es gibt momentan aus rechtlicher Sicht damit noch keine Klarheit darüber, in welcher Beziehung der SIV zu dieser Verordnung steht. Offen ist ferner die Frage nach dem Status der bereits hergestellten Erzeugnisse, wenn die Produktion erweitert und ein SIV für eine neue Etappe abgeschlossen wird.

Bestehende Unklarheiten sollen nun beseitigt werden. Das russische Wirtschaftsministerium hat die Regeln für den Abschluss von SIV in den Plan zur Bewertung der tatsächlichen Auswirkungen von Rechtsakten für 2017 aufgenommen (regulation.gov.ru). Ziel ist die Feststellung der praktischen Wirkung und der Bestimmungen, die die Geschäfts- bzw. Investitionstätigkeit grundlos erschweren. Eine solche Bewertung lässt sich im Grunde bereits heute durchführen, so dass angenommen werden kann, dass den SIV sowohl die vom Staat als auch von den Unternehmen gewünschte Bedeutung in der Praxis zügig zukommen wird.)

СПЕЦИИНВЕСТКОНТРАКТ: МЕЖДУ ОЖИДАНИЯМИ РОССИЙСКОГО ГОСУДАРСТВА И ПРОИЗВОДСТВЕННЫХ ПРЕДПРИЯТИЙ

ПРИ ПОМОЩИ КАКИХ НОВЫХ ПРЕФЕРЕНЦИЙ ГОСУДАРСТВО СТРЕМИТСЯ СДЕЛАТЬ ЛОКАЛИЗАЦИЮ ДЛЯ ИНВЕТОРОВ, ЗАКЛЮЧАЮЩИХ СПЕЦИИНВЕСТКОНТРАКТЫ, НАИБОЛЕЕ ПРИВЛЕКАТЕЛЬНОЙ, И КАКИЕ ТРЕБОВАНИЯ, В СВОЮ ОЧЕРЕДЬ, УСТАНОВЛИВАЮТ ИНВЕТОРЫ? / ФАЛЬК ТИШЕНДОРФ, БИЛЬГЕИС МАМЕДОВА, БАЙТЕН БУРКХАРДТ МОСКВА

По последним данным Немецкого агентства внешнеэкономической деятельности и маркетинга (GTAI), Россия по-прежнему находится в десятке стран, наиболее привлекательных для прямых иностранных инвестиций (FDI). Отдельную роль в этом отводят государственной политике импортозамещения. Перед государством стоит задача создания конкурентоспособных производственных мощностей, в связи с чем оно разрабатывает новые механизмы, позволяющие мотивировать инвесторов к созданию производства в России. Уже более года действует Федеральный закон «О промышленной политике в Российской Федерации». Наряду с общими мерами поддержки промышленности, он предусматривает очень важную специальную меру поддержки – специинвестконтракт (СПИК). Инвестор принимает на себя обязательство по локализации производства и получает взамен от государства гарантии и преференции. Специинвестконтракт представляет собой ключевой инструмент новой промышленной политики, поэтому и ожидания государства от него достаточно велики. Оправданы ли такие ожидания?

НОВЫЕ ПРЕФЕРЕНЦИИ СО СТОРОНЫ ГОСУДАРСТВА ПРИ ЗАКЛЮЧЕНИИ СПИК

Статус единственного поставщика для инвестора по специинвестконтракту

С 1 сентября 2016 года вступают в силу изменения в российское законодательство о государственных закупках, которые должны создать правовую основу для предоставления дополнительных преференций при заключении специинвестконтрактов (Федеральный закон от 03.07.2016 № 365-ФЗ «О внесении изменений в Федеральный закон «О контрактной системе в сфере закупок товаров, работ, услуг для обеспечения государственных и муниципальных нужд» и отдельные законодательные акты Российской Федерации»). Согласно указанным изменениям, Правительство России получает право определить инвестора по СПИК в качестве единственного поставщика товаров для государственных нужд. Условием для этого является заключение специинвестконтракта на федеральном уровне, осуществление инвестиций в объеме свыше трех миллиардов рублей, а также локальный статус производимого товара. В таком случае производитель получает право реализовать государству до 30% произведенного им в течение календарного года соответствующего вида товара. Следует обратить внимание, что из закона следует при этом именно право

производителя заключать контракты на поставку для государственных нужд, а не обязанность государства закупать определенные объемы товаров у производителя.

СПИК как основание для льготного налогообложения

С 1 января 2017 года для инвесторов, заключивших специинвестконтракты, будет действовать также льготный порядок налогообложения. Так, для проектов, реализуемых в рамках СПИК, ставка по налогу на прибыль, подлежащему зачислению в федеральный бюджет, будет снижена с двух до нуля процентов. Также предусматривается возможность снижения региональной части налога на прибыль (18%) до 0%, в результате чего на период действия СПИК достигается снижение налога на прибыль в целом до 0%.

СПИК как основание для расширения производства

В настоящее время обсуждается проект изменений в правила заключения специинвестконтрактов (правила утверждены Постановлением Правительства РФ от 16.07.2015 № 708 «О специальных инвестиционных контрактах для отдельных отраслей промышленности»). Указанные изменения уточняют, прежде всего, возможность заключения СПИК не только при



создании нового производства, но и при расширении уже существующего (реализации очередного этапа). Условием является осуществление инвестиций при расширении производства в объеме не менее чем 80% объема инвестиций проекта в целом. Кроме того, изменения дают ответы на многие вопросы, возникшие на практике при заключении специнвестконтрактов, и направлены, тем самым, на установление более прозрачных «правил игры».

ОЖИДАНИЯ ИНВЕТОРОВ ПРИ ЗАКЛЮЧЕНИИ СПИК

Статус made in Russia

Преференции, которые получает инвестор при заключении специнвестконтракта, играют, несомненно, важную роль при принятии решения о локализации производства, но, тем не менее, не ключевую. Долгосрочное капиталовложение, осуществляемое при создании производства, требует учета целого ряда факторов, а том числе возможности долгосрочного планирования и прибыльности проекта.

Принимая во внимание обозначенный курс на импортозамещение, это означает, что инвестор в случае локализации производства желает получить статус локального продукта для товара, производимого им в России. Однако возможность классифицировать производимую продукцию в качестве локальной не следует

в настоящий момент напрямую из закона. Более того – на инвестора возлагается обязанность выполнить условия локализации применительно к отдельным видам продукции, исполнение которых на практике вызывает зачастую существенные сложности.

Данная проблема понятна сегодня и государству. В своем недавнем докладе о целях и задачах Минпромторга России на 2016 год Министр промышленности и торговли Денис Мантуров отметил, что «одним из существенных послаблений для участников СПИК является возможность в соответствии с Постановлением Правительства РФ от 17.07.2015 № 719 признавать продукт, произведенный в рамках СПИК, российским». Исходя из обозначенной позиции, условие о «локальном статусе» может быть включено в специнвестконтракт. Если действительно, специнвестконтракт предполагает возможность признания производимой инвестором продукции в качестве локальной уже на первых этапах локализации, то на законодательном уровне следует отразить прозрачный механизм подтверждения и присвоения продукции локального статуса применительно к соответствующим отраслям промышленности и видам продукции. На данный момент критерии отнесения промышленной продукции к произведенной в России определены Постановлением Правительства РФ

№ 719. Указанное постановление отсылает в части условий признания товара «российским», в частности, к СПИК. Однако оно не дает прямого ответа на вопрос, насколько условия (требования) по локализации по специнвестконтракту могут отличаться – и в какую сторону – от критериев, сформулированных, например, в приложении к указанному постановлению. Таким образом, с правовой точки зрения на сегодняшний день так и не существует ясности относительно соотношения СПИК с указанным постановлением. Кроме того, остается открытым вопрос относительно статуса уже производимой продукции в случае расширения производства и заключения специнвестконтракта для нового этапа.

Указанные вопросы требуют скорейшего разъяснения. Министерство экономического развития России включило правила заключения СПИК в план оценки фактического воздействия нормативно-правовых актов на 2017 год (regulation.gov.ru). Целью такой оценки является определение практического эффекта, а также выявление положений, необоснованно затрудняющих ведение предпринимательской и инвестиционной деятельности. В целом такую оценку можно провести уже сегодня и предположить, что специнвестконтракту в ближайшем будущем будет отведена желаемая роль, как со стороны государства, так и со стороны инвесторов.)